

<b>Protokoll:</b>	<b>Verwaltungsausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	461
		<b>TOP:</b>	2
	<b>Verhandlung</b>	<b>Drucksache:</b>	187/2019
		<b>GZ:</b>	AKR
<b>Sitzungstermin:</b>	09.10.2019		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	EBM Dr. Mayer		
<b>Berichterstattung:</b>	-		
<b>Protokollführung:</b>	Frau Schmidt / de		
<b>Betreff:</b>	<b>Neue Herausforderungen in der Personalgewinnung und -erhaltung</b>		

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Referats Allgemeine Verwaltung, Kultur und Recht vom 11.07.2019, GRDRs 187/2019. Sie ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

EBM Dr. Mayer betont einleitend, dass die GRDRs 187/2019 nicht die einzige Vorlage in den Haushaltsplanberatungen sein werde, die die Personalentwicklung betreffe. Sie zielt speziell darauf ab, bereits beschlossene Aspekte konsequent fortzusetzen. Diese seien das Personalmarketing, durch das pro-aktiv auf potenzielle Mitarbeiter\*innen zugegangen werden sollte, der Ausbau der Ausbildung, Personalentwicklung (Ausbau des Führungskräfteprogrammes), Stärkung der Arbeitgeberattraktivität und weitere Flexibilisierung der Arbeitsplätze. Damit gebe es nicht nur Sachmittel-, sondern auch Stellenbedarfe, die in der Vorlage aufgeführt seien.

StRin Nuber-Schöllhammer (90/GRÜNE) begrüßt die Vorlage, da Personalgewinnung für die Stadt Stuttgart ein wichtiges Thema sei und sie ein ganzes Bündel an Maßnahmen enthalte. Besonders die Förderung von Frauen zur Aufnahme von Führungstätigkeiten, der Ausbau von Telearbeit und mobiles Arbeiten seien hier zu nennen. Bezüglich der Inklusion müsse die Stadt Vorreiterin sein und Menschen mit besonderen Bedarfen fördern. Abschließend greift sie den Bereich Ausbildung auf. Ein kostenloses Jobticket für Auszubildende sei wichtig, um junge Mitarbeiter\*innen zu gewinnen. Dies gelte auch für Unterstützung bei der Wohnungssuche oder eventuell ein Azubi-Wohnheim.

Zustimmung zur Vorlage äußert StRin Ripsam (CDU). Diese sei sehr strukturiert. Details wolle sie in den Haushaltsplanberatungen diskutieren.

Für StR Adler (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) ist es aufgrund des schwierigen Arbeitsmarktes wichtig, die Stadt Stuttgart als besonders attraktiven Arbeitgeber zu positionieren. Trotz Zustimmung zur Vorlage sei es fraglich, ob es ausreichend sei, mit Marketingmaßnahmen lediglich das Image zu schärfen. Zur Personalgewinnung gehöre es, mit dem "Blick hinter die Kulissen" potenzieller Interessenten zu rechnen. Hier entschieden "handfestere Dinge", ob Mitarbeiter\*innen sich für die Stadt Stuttgart aussprechen. Dies seien attraktive Räume und Arbeitsplätze, die Lebenshaltungskosten in Stuttgart und die Zufriedenheit mit dem Arbeitsplatz. Auf diese Herausforderungen müsse der Gemeinderat in den Haushaltsplanberatungen Antworten geben und die bisherige dramatische Fehlentwicklung korrigieren. Hilfreich seien eine Stuttgart-Zulage, Personalwohnungen und ein kostenloses Jobticket für Auszubildende. Im Fokus stehe für ihn die Ballungsraumzulage, denn derzeit existiere ein Flickenteppich an Zulagen. Es werde eine "flächendeckende Antwort" benötigt. Des Weiteren müsse deutlich mehr Personal aufgebaut werden als es die Stellenplanvorlagen vorsehen. Die von den Amtsleitungen angemeldeten Stellen seien das absolute Minimum. Sehr problematisch sei, dass die beschlossene Zahl an Mitarbeiter\*innen nicht eingestellt werden könne, da es an Räumlichkeiten mangle. Selbst die Personalabteilung sei nicht mehr in der Lage, Neueinstellungen abzuwickeln. Hier müsse deutlich und schnell gegengesteuert werden. Kritisch sehe er die Abverkaufspolitik der städtischen Flächen. Das Europahaus stehe symptomatisch für eine Fehlentwicklung in der Liegenschaftspolitik der Stadt, die sich selbst ihrer Handlungsmöglichkeiten beraube. Der von EBM Dr. Mayer benannte "Paradigmenwechsel" könne erst stattfinden, wenn die drei Eckpunkte Personalaufbau, Flächenbeschaffung und Attraktivierung erfolgten.

Den positiven Rückmeldungen seiner Vorredner\*innen schließt sich StR Perc (SPD) an. Der Fokus der Vorlage liege auf der Mitarbeitergewinnung; hier gehe die Stadt einen guten Weg und sei aufgeschlossen für Neuerungen. Junge Menschen suchten anders nach Jobangeboten; daher müssten Soziale Medien unbedingt aufgenommen werden. Er rege an, mit neuen Diensten wie zum Beispiel der App "truffls" an den Markt zu gehen. Angesichts eines schwierigen Arbeitsmarktes lohne sich jede Anstrengung. Speziell die Reaktionsgeschwindigkeit müsse im Vergleich zu anderen Arbeitgebern deutlich erhöht werden. Große Schwierigkeiten werde es beim Digitalpakt bei der Akquirierung neuer Mitarbeiter\*innen geben. Um dies zu leisten, müsse der Aufbau der Personalstelle weiter vorangetrieben werden. Die Benefits für Auszubildende begrüße er. Eventuell könne die Stadt Stuttgart ein Wohnheim für Auszubildende in Betrieb nehmen.

StR Dr. Oechsner (FDP) dankt für die Vorlage; Personalerhaltung und –gewinnung seien zwingend notwendig. Dies sei ein großer Schritt nach vorne.

Dass die Vorlage "in Gänze mit diesen elf Stellen komme", ist für Frau Häußler (GPR) unabdingbar. Wenn man die Stellen der Vorlage mit der tatsächlichen Zahl in der Querliste vergleiche, werde deutlich, dass die Differenz "ausgerechnet" beim Thema Gleichstellung auftauche. Es seien keine Stellen mit der Nummer 920 "Freistellung für Pflege" sowie keine Stellen im Bereich "Führung für Frauen" (geteilte Leitung, überlappende Stellenbesetzung) enthalten. Wichtig sei auch der Bereich der ständigen Stellvertretung. Über die Vorlage hinaus gebe es weitergehende Bedarfe, wie z. B. bei Auszubildenden, Personalwohnungen, räumlicher Unterbringung usw.

An StRin Nuber-Schöllhammer gerichtet, betont EBM Dr. Mayer, dass es wichtig sei, das Thema Telearbeit zentral zu organisieren und dafür ein entsprechendes Budget bereitzustellen. Er schlage einen Bericht in einer Sitzung des Personalbeirates in 2020 vor, wie der Mittelabruf statffinde. Die Kritik von StR Adler weist er zurück; es handle es sich mit dieser Vorlage keinesfalls um "Kosmetik". Es gehe nicht nur um die aktive Suche nach neuen Mitarbeiter\*innen, sondern auch um die Situation der Ausbildung, die Verbesserung der Fort- und Weiterbildung und den Ausbau der Telearbeit. Diese Maßnahmen hätten praktische Relevanz für die Verbesserung der Situation der Mitarbeiter\*innen. Es werde durchaus ein Paradigmenwechsel vollzogen. Die Personalausstattung habe zentral mit der Arbeitsbelastung der Mitarbeiter\*innen zu tun. Insgesamt deutlich über zwei Drittel der beantragten Stellen schlage die Verwaltung vor; das habe es bisher nicht gegeben, zumal der überwiegende Teil nicht haushaltsneutral sei. Der Paradigmenwechsel betreffe auch die Raumsituation; das Gebäude Torstraße sei eine Großakquisition mit über 5000 Quadratmetern Bürofläche. BM Fuhrmann und er seien in engem Gespräch, wie in Bezug auf die Stellenschaffungen weitere liegenschaftliche Perspektiven geschaffen werden könnten. Der Aussage von StR Perc zur Reaktionsgeschwindigkeit bei Bewerbungen stimmt er zu. Erfreulicherweise werde E-Recruitment nun in die Fläche gebracht. Die Herausforderung in Bezug auf die Personalgewinnung speziell beim Digital-Moves-Paket sehe er ebenfalls. Ziel sei, alle Stellen ohne Ausnahme zu besetzen. Man suche nicht nur IT-Experten, sondern auch Mitarbeiter\*innen für die Organisation und Verwaltung. An Frau Häußler gerichtet sagt er, es seien keine Stellen "verschwunden"; der große Teil sei an "prominenter Stelle" in der Grünen Liste aufgetaucht. Darin seien alle Sachmittel und überwiegend die Personalbedarfe enthalten. Dies sei eine gute Ausgangssituation für die Haushaltsplanberatungen.

Herr Reichert (Haupt- und Personalamt) greift die Frage nach der Stelle zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Pflege auf. Er betont, dass es dabei um eine andere Vorlage gehe. In der GRDRs 373/2019 seien zwei Stellen avisiert; eine zur reinen Organisation von Pflege, eine weitere zur Beratung von Mitarbeiter\*innen mit akuter Pflegesituation und psychologischem Unterstützungsbedarf. Es sei um die Frage gegangen, welche dieser Stellen aus Sicht der Verwaltung die dringendere sei. Dazu habe er sich mit dem Fachdienst ausgetauscht. Da Beratung in akuten Krisensituationen "auf dem Markt" nicht erhältlich sei, sei diese wichtiger und demnach im Verwaltungsvorschlag enthalten.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen mehr ergeben, stellt EBM Dr. Mayer fest:

Der Verwaltungsausschuss hat von der GRDRs 187/2019 Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Schmidt / de

## Verteiler:

- I. Referat AKR  
zur Weiterbehandlung  
Haupt- und Personalamt
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister
  2. S/OB
  3. Referat WFB  
Stadtkämmerei (2)
  4. GPR (2)
  5. Rechnungsprüfungsamt
  6. L/OB-K
  7. Hauptaktei
  
- III.
  1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
  2. CDU-Fraktion
  3. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION  
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
  4. SPD-Fraktion
  5. FDP-Fraktion
  6. Fraktion FW
  7. AfD-Fraktion
  8. Fraktionsgemeinschaft PULS